Katholische Blätter für
weltanschauliche Information

# ORIENTIERUNG

Nr. 8 34. Jahrgang | Erscheint zweimal monatlich | Zürich, den 30. April 1970

**Wir kommentieren**

**einen Vorstoß zur Demokratisierung:** Zwei naheliegende Fragen zu einer Bischofswahl – Die schockierende Negativliste – Entgegengesetzte Reaktionen – Ein Pfarrgemeinderat antwortet seinem Erzbischof – Das Mißverhältnis von Konzilstheorie und Wirklichkeit – Die Seelsorgspriester am Schnittpunkt zwischen oben und unten – Ein Beispiel für notwendige Strukturänderungen – Die Absichten der SOG.

**Literatur**

**Günter Grass sucht seinen Ort (2):** Schriftsteller und Gesellschaft – Der Intellektuelle engagiert sich nicht – Die aristokratische Distanz des Schriftstellers zum Publikum aufgehoben – Einfluß über die Massenmedien – Der Autor wird zur Figur fixiert – Zuwachs an Information auf Kosten der Tradition – Der Sieg des Sachbuches – Die Ohnmacht der Sprache – Der Ernst zum Spiel der Kunst.

**Zölibat**

**Argumente aus dem Arsenal der Geschichte:** Die Zölibatsdiskussion ist nicht von heute – Die Mißstände im 16. Jahrhundert öffneten den Laien die Augen – Realistischer Vorstoß Kaiser Ferdinands I. – Laienkelch und Priesterehe könnten viele tausend Seelen retten – Der Papst muß gute Anordnungen seiner Vorgänger ändern, sobald sie sich als verderblich erweisen – Gegen Konkubinat und klandestine Ehe fordert Bayern in Trient die legalisierte Priesterehe – Der Kaiser: Das unerreichbare Bessere hat dem jetzt möglichen Guten zu weichen.

**Länderbericht**

**Katholische Kirche in der DDR:** Entwicklung innerhalb von zwanzig Jahren – Die anfängliche Gettohaltung war verständlich – Der Mauerbau verwehrte das Schielen nach dem Westen – Man sieht die Chancen zur positiven Auseinandersetzung – Der Laienkongreß in Erfurt – Die Forderung nach innerkirchlicher Pluralität – Hierarchie und Staatsführung sind daran nicht interessiert – Trotzdem Entwicklung zur Differenzierung – Flexiblere Haltung der Bischöfe – Solidarisierung der Priester – Mutiges Engagement der Laien.

**Buchbesprechungen**

**Zum holländischen Aufbruch:** Kirche in Freiheit – Das Pastoralkonzil bahnt den Weg – Glaube im Umbruch – Autorität im Kreuzfeuer – Primat des Gewissens – Das Risiko.

## Die Bischofswahl in Paderborn

Das Ergebnis von zwei Umfragen im Kreis der *Solidaritätsgruppe katholischer Priester im Bistum Paderborn (SOG)* stellte am 17. Januar der Hauptausschuß der 161 Mitglieder in einem offenen Brief an die Laien- und Priesterräte und alle Priester des Erzbistums sowie an die katholischen Bischöfe in Nordrhein-Westfalen den Zeitungen und Nachrichtenagenturen zur Verfügung.

Die erste Frage lautete: «Welche Kandidaten müßten nach Ihrer Meinung bei einer kommenden Bischofswahl in Paderborn auf jeden Fall nominiert werden?» Die zweite Frage an die Mitglieder der SOG lautete: «Welche Kandidaten, über die schon gesprochen wird, würden bei einer Bischofswahl auf jeden Fall nicht Ihren Beifall finden?» Beide Male folgt eine Liste von fünf Namen, die sich aus der Umfrage unter den Priestern der SOG ergeben haben.

Das Vorgehen war zweifellos ungewöhnlich; denn erstens war der Erzbischof, Kardinal *Jäger*, noch nicht zurückgetreten; zweitens stellt die SOG keine 10 % der Priester in der Paderborner Diözese dar, wenn auch eine profilierte Minderheit; man kann sich fragen, welchen Sinn ein solcher Vorschlag von Kandidaten haben kann; drittens erstaunt die Aufstellung einer Negativliste, die selbst im weltlichen Raum bei demokratischen Wahlen nicht üblich ist.

Es wäre eine ungerechtfertigte Unterstellung, wollte man das Vorgehen der SOG als Aufforderung an den Herrn Kardinal deuten, endlich zurückzutreten. Der Erzbischof ist zwar bereits 77 Jahre alt, und man weiß, wie sehr Papst Paul VI. darauf hält – obwohl dazu keine Verpflichtung besteht –, daß höhere kirchliche Amtsträger bei Erreichung des 75. Altersjahres dem Papst ihren Rücktritt anbieten. Das Konzil hat nach recht erregter Auseinandersetzung dieses elastische Vorgehen wenigstens indirekt empfohlen. Nichts aber deutet darauf hin, daß sich die Paderborner Solidaritätsgruppe von dieser Überlegung leiten ließ.

Ebenso scheidet der Verdacht aus, die Priestergruppe habe die Bischofswahl ‹manipulieren› wollen. Die Gruppe weiß viel zu genau, daß sie viele Gegner besitzt und geradezu grotesken Vorwürfen von manchen ausgesetzt ist. Jede Manipulation würde ihr schweren Schaden zufügen und ihre Wirkmöglichkeiten beschränken.

Der Grund für den ungewöhnlichen Schritt war vielmehr die Absicht, durch eine Art Schock die Frage der Bischofswahl rechtzeitig aufzuwerfen – durch ganz bewußte Provokation die schläfrigen Gemüter aufzuwecken und einer befürchteten Manipulation zuvorzukommen. In aller Gedächtnis stehen noch frisch die Bischofsernennungen in Münster und Köln, bei denen sich viel Gerede, Umtriebe und Ärgernis hätten vermeiden lassen, wenn die ganze Frage rechtzeitig und offen behandelt worden wäre.

Die SOG wollte offensichtlich trotz aller Provokation sachlich vorgehen und keine utopischen Forderungen stellen. Nach bestehendem Recht wird in Paderborn aus einer vom Vatikan aufgestellten Vorschlagsliste der Bischof vom Domkapitel gewählt. Der Vatikan seinerseits informiert sich über geeignete Kandidaten durch eine unverbindliche Vorschlagsliste, die das Domkapitel erstellt, durch Informationen, die er bei den benachbarten Diözesanbischöfen und beim Nuntius in Bonn, Erzbischof *Bafile*, einholt. Diese Information ist offensichtlich mangelhaft und entspricht nicht einem heutigen Kirchenbewußtsein, nach dem der Gesamtheit der Kirchenmitglieder an einem so wichtigen Ereignis eine angemessene Mitarbeit zuzubilligen ist. «Die SOG ist der Meinung», heißt es in dem Schreiben, «daß in der heutigen Lage der katholischen Kirche der Leiter einer Diözese auf jeden Fall gewählt werden muß, und zwar von Laien und Priestern.» Sie schlägt aber zum

‹Übergang› (mit Rücksicht auf die Konkordate zwischen Staat und Kirche) vor, das Wahlrecht des Domkapitels formell nicht aufzuheben, sondern es soll «das Domkapitel aufgefordert werden, die Wahl zu ratifizieren, die die Laien- und Priesterräte getroffen haben». Nach dem heutigen Stand der Dinge wäre es realistischer gewesen, weiter vorne anzusetzen und statt der unverbindlichen Vorschlagsliste des Domkapitels das Wahlergebnis von Laien und Priestern als «Übergangslösung» einzusetzen. Die Hauptsache ist doch zunächst, daß in den Laien- und Priesterkreisen das Bewußtsein ihrer Mitverantwortung wach wird. Ist das auf breiter Basis und in aller Öffentlichkeit geglückt, wird weder der Vatikan noch das Domkapitel ohne ernsteste Gründe gegen ein solches Wahlergebnis angehen wollen und können.

### Der Schmerz des Erzbischofs

Doch sehen wir die Reaktionen an, die der ‹Offene Brief› der Solidaritätsgruppe auslöste.

Schon nach drei Tagen fühlte sich der Erzbischof zu einer Antwort an die Priester und Laienräte «herausgefordert» (21. Januar).

▷ Er bedauert zunächst «sehr», daß «meine Absicht, dem Heiligen Vater meinen Verzicht auf den Paderborner Bischofsstuhl im Lauf dieses Jahres anzubieten, in dem Schreiben publiziert wird, bevor ich selber diese Absicht bekanntgegeben habe».

▷ Außerdem berührt ihn «schmerzlich», daß «vor meinem Rücktrittsgesuch und vor der Entscheidung des Heiligen Vaters in aller Öffentlichkeit Persönlichkeiten für die Nachfolge ins Gespräch gebracht werden. Man hat dadurch den genannten Herren keinen guten Dienst erwiesen».

▷ Endlich findet der Herr Kardinal, daß die Aufstellung einer Negativliste seines Erachtens «jeden menschlichen Takt und erst recht jeden mitbrüderlichen Respekt vermissen» lasse und «die priesterliche Gemeinschaft und Verbundenheit in der Wurzel zerstört».

Diese Vorgänge bedauert der Erzbischof um so mehr, als bislang zwischen der SOG und ihrem Erzbischof «ein guter Gedankenaustausch und ein gegenseitiges vertrauensvolles Verhältnis bestanden hat».

▷ Zum Abschluß versichert Kardinal Jäger den Pastoralrat seiner vollen Unterstützung bei der Suche «nach Möglichkeiten, wie unter Berücksichtigung des geltenden Rechts die gewählten Gremien in angemessener Weise bei der Ermittlung von Kandidaten beteiligt werden können».

Aus diesem mit deutlicher Emotion geschriebenen Brief erfährt man, daß auch unabhängig von der Solidaritätsgruppe – aber anscheinend ohne ihr Wissen – im Pastoralrat Überlegungen angestellt wurden, die dem gleichen Anliegen wie die SOG, wenn auch auf die sanftere Tour, gerecht werden wollten. War also die Aktion der Priestergruppe ein Schlag ins Wasser, bei dem obendrein allerhand Porzellan zerschlagen wurde? Der Erzbischof deutet dies an, die Wirklichkeit entspricht dem nicht ganz.

### Ein vorbildlicher Pfarrgemeinderat

Vier Tage nach seinem Brief erhielt der Erzbischof ein Schreiben aus Dortmund-Husen, das vom Vorsitzenden und einigen Mitgliedern des Pfarrgemeinderates St. Petrus Canisius unterzeichnet ist.

▷ Diese Laien wundern sich, daß der Erzbischof sich darüber beklagt, daß man seine Rücktrittsabsicht publiziert habe. «Sollten Sie die Absicht jemals geäußert haben, dann darf sie ja auch publiziert werden. Wir meinen, es sei gut, wenn die Gläubigen recht bald von solchen Absichten erfahren, denn sie trifft ein solcher Entschluß doch einschneidender als den Heiligen Vater in Rom.» Diese Laien halten eine solche «vorzeitige» Publikation von seiten des Erzbischofs selbst geradezu für nötig und wünschten, daß «auch die Gründe» angeführt werden, «die zu einer solchen Entscheidung führten».

Da der Kardinal tatsächlich des öftern in Priesterkreisen von seiner Rücktrittsabsicht gesprochen hatte, erweist sich, daß die Solidaritätsgruppe der Priester in diesem Punkt dem Denken der Laien näher stand als der Erzbischof.

▷ Das wird noch deutlicher, wenn das Schreiben der Laien fortfährt: «Sie haben ... auch nicht gesagt, warum man den Herren einen schlechten Dienst erwiesen hat, die in der ‹Kandidatenliste› vermerkt sind. Es ist doch sicher als Auszeichnung zu betrachten, daß viele Priester diese Herren als geeignet ansehen, ein Bistum zu leiten.» So denkt der Laienverstand in aller Unbefangenheit.

▷ Die Aufstellung einer ‹Negativliste› lehnt allerdings auch der Pfarrgemeinderat «mit Entschiedenheit» ab. Irgendwelche Grenzen scheinen diesen in der Welt erfahrenen Leuten durch solche Negativlisten überschritten, die auf ein «gestörtes Verhältnis» hinweisen, wobei man schlecht annehmen könne, «daß nur eine Gruppe die Schuld daran trägt». Hier werden die Laien in vornehmer Form geradezu Seelsorger der Seelsorger, womit sie den besten Beweis erbringen, daß sie durchaus fähig sind, christliche Verantwortung zu übernehmen.

▷ Sie legitimieren damit – besser als es Theorien vermöchten – ihre gegen Ende des Schreibens ausgedrückte Überzeugung, daß ein Bischof auf möglichst breiter Basis gewählt werden müsse. Der Diözesan-Pastoralrat (in dem es auch Laien gibt) und der Priesterrat bieten sich als Wahlgremien an. Mit der Hoffnung, «daß aus dieser Auseinandersetzung kein weiterer Ärger entstehen möge» und mit «wir wünschen die in jeder Hinsicht wahrhaftige Kirche» schließt der Brief an den Erzbischof.

### Der zweite Brief der SOG

Eine Woche darauf, am 1. Februar, beschließt der aus zwölf Priestern gebildete Hauptausschuß der SOG diese Episode mit einem zweiten Schreiben an die Laien- und Priesterräte sowie an alle Priester der Diözese Paderborn. Als Ergebnis wird in einer einleitenden Bemerkung mitgeteilt: «Es hat sich gezeigt, daß unser Schreiben (vom 17. Januar) in der kirchlichen Öffentlichkeit eine sehr starke Beachtung gefunden hat. Es ist jetzt sicher erreicht, daß die Laien und Priester über die Probleme einer Bischofswahl in Paderborn reden. Das war auch unsere Hauptabsicht.»

Seit Pius XI. den Laien zugerufen hat: «Ihr seid die Kirche», womit er deutlich meinte: nicht nur ‹in› der Kirche, sondern selbsttätige Träger der Verantwortung; nicht nur Passagiere, die sich dem Reglement auf dem Schiff Kirche zu fügen und die Überfahrt zu bezahlen haben, sondern mit einer Sendung Beauftragte, die den der Kirche immanenten Sinn zu realisieren haben; über das Konzil mit seinem Kapitel vom Volk Gottes, das ganz deutlich gewisse demokratische Grundrechte und Pflichten aufweist, hat man die Lehre von der Kirche unablässig vertieft. Das alles blieb ‹Lehre›, blieb im Bereich von Prinzipien. Man war erstaunt, daß es in der Praxis nicht zur Wirklichkeit wurde. Alle Bischöfe waren ‹dafür›, aber es geschah – abgesehen von Proklamationen – nicht gerade viel. Die Schuld daran schob man den ‹passiven› Laien zu. In Wahrheit aber lag die ‹Schuld› vielleicht mehr an den konkreten Verhaltensweisen der Hierarchie gegenüber den Laien, die viel mehr das Verhältnis von Feudalherren zu geliebten Kindern und Unmündigen oder eben von Schiffsmannschaft zu Passagieren darstellten, als am gemeinsamen Ziel Beteiligte, bei dem alle in gleicher Weise zur Mannschaft, die eine Equipe darstellt, gehören. Der nicht beachtete Hemmschuh war also bei der konkreten Ausgestaltung der Strukturen zu suchen. Hier anzusetzen, ist in erster Linie Aufgabe derer, die am Schnittpunkt zwischen oben und unten liegen. Das sind die Seelsorgspriester, zu denen die Solidarisierungspriester in ihrer Mehrheit gehören. Sie haben den täglichen Kontakt mit den Laien und stehen direkt unter der Leitung der Hierarchie. Sie müssen am konkreten Fall das Mißverhältnis von Theorie und Wirklichkeit aufzeigen und zu überwinden suchen. Die Bischofswahl ist nur ein Beispiel. Die Paderborner Frage nur eine regionale Besonderung.

Ergebnisse

Die Initiative der Paderborner SOG war also im wesentlichen ein sehr nützliches, ja geradezu notwendiges Unternehmen, womit nicht alle Einzelheiten als ‹glücklich› bezeichnet werden müssen. – Was zeigte sie auf?

Schon die ‹Vorwahl› im eigenen Kreis war sehr instruktiv. Sie zeigte nämlich, daß als Kandidaten in erster Linie solche bevorzugt wurden, die, wie die SOG-Priester sagen, an der ‹Basis› arbeiten – im Gegensatz zur häufig geübten Praxis, Weihbischöfe mit Routine oder Professoren zu Bischöfen zu kreieren. Auf der ominösen ‹Negativliste›, die in keiner Weise ‹manipuliert› war (etwa vom Hauptausschuß), stehen lauter Vertreter dieser Art. Einen persönlichen Vorwurf diskriminierender Art wollte die SOG nicht machen. Wir müssen es der Solidaritätsgruppe glauben, wenn sie schreibt: «Keinem der Kandidaten, die für das Amt des Erzbischofs abgelehnt wurden, bestreiten wir die Fähigkeit für seine jetzige Aufgabe als Weihbischof, Bezirksdekan oder wissenschaftlicher Theologe.» Es ging um die «Zustimmung oder Ablehnung zu der Kandidatur für ein ganz bestimmtes öffentliches Amt, das niemand von uns gleichgültig sein kann». Jedoch «jeder aus der Solidaritätsgruppe wird nach wie vor mit den genannten Männern loyal zusammenarbeiten. Und falls eines Tages einer dieser Kandidaten doch Erzbischof werden sollte, werden wir ihn in diesem Amt ebenso achten, wie wir jetzt unseren Kardinal in diesem Amt achten». Damit dürfte jede persönliche Animosität ausgeräumt sein, die durch die Liste begreiflicherweise ausgelöst wurde. Sie war trotzdem, möchte uns scheinen, zur Erhellung der Lage ein ‹nützlicher› Fehlgriff, wie er sogar Päpsten oft genug unterläuft.

Bedeutsamer scheint uns das Ergebnis der Stellungnahmen zum ersten Brief der SOG. Wie groß die Zahl der eingegangenen Echos war, wird leider in der Auswertung nicht angegeben: im zweiten Schreiben ist lediglich von «einer Menge» die Rede. Keineswegs alle Stellungnahmen liegen auf der Linie des Pfarrgemeinderates Petrus Canisius von Dortmund-Husen.

«Manche» finden, «die Strukturen und Lebensformen der Demokratie seien überhaupt nicht auf die Kirche anwendbar». Ein richtiger Grundgedanke kann sich hier von der gewohnten zeitbedingten Form nicht befreien. Die SOG-Priester antworten durchaus korrekt, «daß in der Kirche, soweit sie eine Gemeinschaft von Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts ist, auch die Lebensgesetze gelten, die sonst unsere Gesellschaft kennzeichnen. Das aber heißt: Jeder Dienst, der geleistet wird, jede Macht, die unter Menschen ausgeübt wird, jede Verantwortung, die einer trägt, bedürfen der Rückbindung an die Gemeinschaft, in der sie wirksam werden sollen. Konkret bedeutet das für unseren Fall: Das Bischofsamt ist göttlichen Rechts, aber die Kirchenmitglieder sind für ihren Bischof mitverantwortlich». Sie zitieren zum Beleg den Ausspruch des Papstes Leo I. († 461), des großen heiligen Kirchenlehrers: «Wer allen vorstehen wird, soll von allen gewählt werden!»

«Viele» Stellungnahmen haben die Veröffentlichung von Listen zur Bischofswahl überhaupt abgelehnt. Das zeigt, wie wenig der Gedanke einer verantwortlichen Mitarbeit am Ganzen konkret in das Bewußtsein der Katholiken eingedrungen ist. «Wir fragen uns nach wie vor, wie man denn eine Wahl einleiten kann, ohne auch Kandidaten vorzustellen. Jede Wahl führt dazu, daß man für und gegen bestimmte Personen sich entscheiden und argumentieren muß.». Die Sachlichkeit dieser Aussage bleibt unbestritten.

Es bleibt die Inkonvenienz des Zeitpunktes, in dem das erste Schreiben versandt wurde. Gewiß wäre es richtiger, wenn ein Bischof, der zurückzutreten beabsichtigt, dies selber in aller Öffentlichkeit bekannt gäbe und durch Wahl zu erforschen suchen würde, wen das Kirchenvolk als Nachfolger wünscht; denn eine Bekanntgabe der Rücktrittsabsicht erst nachdem der Hl. Vater den Rücktritt angenommen hat, droht wirklich zu einer reinen Farce zu werden, da der Papst den Rücktritt zumeist erst dann annimmt, wenn er den wenigstens möglichen und geeigneten Nachfolger bereits kennt. Hier geht es darum, daß innerhalb des Kirchenvolkes, zu dem Bischof, Priester und Laien gehören, ein echtes Vertrauensverhältnis herrschen muß. Solange nur von unten nach oben Vertrauen verlangt, aber von oben nach unten Vertrauen durch Vorsicht und Angst ersetzt wird, fehlt der Kirche ein Wesensmoment. Eine solche Kirche deckt sich nur partiell mit der wahren Kirche Christi.

Dies gilt auch von den «einigen», die das zweite Schreiben erwähnt, welche das erste Schreiben nur zum Anlaß nahmen, pauschal alle Mitglieder der SOG zu beschuldigen, «daß sie ihre Seelsorgsaufgaben nicht ernst nähmen und den kirchlichen Dienst schon halbwegs verraten und verloren hätten». Die Solidarisierungspriester bitten diese Amtsbrüder, «die Emotionen doch wieder zu vergessen und ernsthaft einen Dialog mit uns und andern unbequemen Gruppen zu suchen. Vermutlich gibt es ja nur deshalb eine Solidarisierung im Klerus, weil viele Priester allein standen mit ihren Nöten, ihren Berufsfragen, mit dem Kampf gegen Verdächtigungen und mit den Erfahrungen unbrüderlicher Behandlung durch kirchliche Behörden».

Der Fall Bischofswahl in Paderborn ist ein ganz kleiner Fall. Er hat nicht hohe Wellen geworfen in der deutschen Öffentlichkeit und wird es noch weniger tun in der übrigen Welt. Dazu ist er viel zu wenig sensationell und spektakulär. Gerade darum haben wir ihn nun noch aufgegriffen; denn er ist trotzdem ein typischer Fall, an dem sich in Ruhe und Sachlichkeit die Situation studieren läßt, die auch den vielbesprochenen und allen bekannten großen und schwierigen Problemen zugrundeliegt. Wollten alle Kirchenmitglieder sich zu voller Offenheit und Sachlichkeit – unter Zurückstellung persönlicher Emotionen und in der Bereitschaft, Nebensächlichkeiten nicht hochzuspielen – ‹bekehren›, das heißt, sich als Christen bewähren, wäre die Krise der gegenwärtigen Kirche wohl zu überwinden in brüderlicher Eintracht vom Papst bis zum letzten Christen. *M.G.*

# SCHRIFTSTELLER UND GESELLSCHAFT

Günter Grass sucht seinen Ort (2)*

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die literarische Wandlung bei Günter Grass etwas mit der veränderten Stellung des Schriftstellers zur Gesellschaft zu tun hat. Eine littérature engagée hat es seit eh und je gegeben. Grass hat im vergangenen Jahrzehnt mit immer stärkerem Nachdruck versucht, den Anspruch des Engagements umzusetzen und vom unverbindlichen Wort zur verbindlichen Tat zu schreiten.

In seiner Rede ‹Über das Selbstverständliche› nach der Wahlniederlage der SPD im Jahr 1965 führte er bittere Klage: «Wo sind die geblieben, denen vor Jahren noch das politische Dauer-Engagement einigen Nachtprogramm-Flair verliehen hatte? Wo, Alfred Andersch, hat Ihre beredte Entrüstung die Milch der Reaktionäre gesäuert? Wo, Heinrich Böll, hat Ihr hoher moralischer Anspruch die bigotten Christen erbleichen lassen? – O schöne Fiktion des freien, beziehungsweise vogelfreien, des unabhängigen, beziehungsweise von der Unabhängigkeit abhängigen Schriftstellers beziehungsweise Dichters!» (Günter Grass, ‹Über das Selbstverständliche›, Politische Schriften, Luchterhand, Mai 1969, Seite 81 f.). Und abermals und dringender erhebt sich die Frage nach dem Kriterium,

* Erster Teil siehe Nr. 6/7, S. 72–74. Bibliographische Hinweise S. 73.

nach dem Koordinatensystem, welches eine Entscheidung überhaupt erst ermöglicht. Kurz vor den Wahlen 1965 bekannte Grass: «Ich glaube an dieVernunft ... Laßt uns dafür sorgen, daß in unserem Land endlich die Vernunft siegt und Aufklärung sich ausbreitet wie eine heilsame Epidemie!» (ebd. Seite 66 f.). Und zwei Jahre später in Israel: «Wie schwer wird es einer heranwachsenden Jugend gemacht ... politische Entschlüsse aus Gründen politischer Vernunft zu ziehen? ... Denn nur für die Vernunft will ich werben» (ebd. Seite 133 f.).

### ‹Helden›, die sich nicht engagieren

Indes, was heißt Vernunft? Welche andere Partei nähme nicht ebenso die Vernunft für sich in Anspruch? Und was ist denn vernünftig im konkreten, aktuellen Fall, worauf es ja letztlich ankommt? Für Grass lautet die stereotype Antwort: die SPD! Wenn man seine politischen Schriften durchgeht, wird man den Eindruck nicht los, daß seine eifrige Rhetorik mehr emotionaler Überzeugungsappell war als kritisch-rationale Argumentation. Gerade darin enthüllt sich sein politisches Apriori, sein geheimes ideologisches Vor-urteil.

Dieses Engagement hat sich nun aber auf merkwürdig paradoxe Weise in seiner literarischen Produktion niedergeschlagen. In dem deutschen Trauerspiel ‹Die Plebejer proben den Aufstand› (1966) zeigt Grass, wie der Chef – gemeint ist Bert Brecht – in Shakespeares ‹Coriolan› den Aufstand auf der Bühne einstudiert, jedoch den Arbeitern, die am 17. Juni 1953 in Ostberlin den Aufstand tatsächlich durchführen, nicht im geringsten hilft. Er benützt ihre erregten Vorhaltungen lediglich für eine realistischere Probengestaltung. Der Intellektuelle engagiert sich eben nicht. Als dann die Russen den Aufruhr mit ihren Panzern niederwerfen, erledigt sich das Problem von selbst. Eine ähnliche Aktivitätslähmung tritt in dem Theaterstück ‹Davor› und in dem Roman ‹Örtlich betäubt› zutage. Scherbaum will durch die Protestverbrennung des Hundes die Gesellschaft verändern und läßt die Aktion dann schließlich doch bleiben. Mit andern Worten: Während der Schriftsteller Grass ein eindeutiges politisches Bekenntnis ablegt, verharren seine literarischen ‹Helden› in einer auffälligen Unfähigkeit zur Entscheidung.

### Der Schriftsteller zur Figur etabliert

Seit *Wolfgang Kaysers* Alarmruf beklagt man den Tod des Erzählers im herkömmlichen Sinn (Entstehung und Krise des modernen Romans, Stuttgart, 4. Auflage 1953). Man beklagt außerdem die Ohnmacht der Sprache in einem manipulierten technischen Zeitalter. *Peter Handke* stellte fest: «Die Geschichte wird unnötig, das Erfinden wird unnötig, es geht mehr um die Mitteilung von Erfahrungen, sprachlichen und nichtsprachlichen.» Freilich, es gibt in unserer demokratischen Gesellschaft keine allgemein gültige und anerkannte Religion oder Weltanschauung, Ideologie oder Utopie, innerhalb derer man sich über die Tragweite der einzelnen Begriffe und Wörter einigen könnte.

Man denke etwa an Begriffe wie Autorität und Gehorsam, Sexualität und Ehe, Bildung und Schule und ähnliche. Für die Älteren unter uns sind sie mit einem Dunstkreis von Traditionen und Überlieferungen eingehüllt, was für die Jüngeren keineswegs mehr zutrifft. Im Gegenteil: für sie sind damit Wirklichkeiten benannt, die völlig unvoreingenommen, jedenfalls nicht aus der Vergangenheit, sondern für die Zukunft interpretiert werden müssen.

Der unaufhaltsame Abbau der traditionellen Wertsysteme wird besonders von der jungen Generation ohne Sentimentalität, ohne Belastung durch die Vergangenheit einfach zur Kenntnis genommen. Eine neue Tendenz, die während der sechziger Jahre hervortritt, übrigens deutlicher in der Bundesrepublik als in Österreich und in der Schweiz, weil dort der Bruch mit der Vergangenheit viel radikaler vollzogen wurde als in diesen beiden Ländern. Was das für die Literatur bedeutet, darauf hat *Paul Konrad Kurz* unlängst hingewiesen: «Das schwierige Verhältnis von Imagination und Erkundung von Realität, von Nicht-Leitbild und Dennoch-Leitbild, von grundsätzlicher Offenheit und tatsächlichem Perspektivismus vermag anscheinend niemand recht zu durchdringen» (Dokumentarisch. Zu einer Tendenz die neueste Literatur betreffend [IV]; in ‹Publik›, 16. Januar 1970).

Der Verlust von Tradition wird durch einen Zuwachs an Information aufgewogen. Und diese geschieht in den Massenmedien, zumal im Fernsehen, das auch erst im letzten Jahrzehnt zu einem allgemeinen Informationsinstrument geworden ist. Die vornehmlich visuelle, die Neugierde befriedigende Information des Fernsehens ist durchaus unverbindlich, kommt deshalb der Passivität der Konsumgesellschaft entgegen und fördert das Meinungskollektiv. Diese Informationsexplosion, welche noch dazu aus merkantilen Erwägungen zu sensationellen Übertreibungen neigt, konfrontiert den einzelnen mit einer Fülle von Problemen, denen er verständlicherweise oft nicht mehr gewachsen ist.

Ebenso hat sich in letzter Zeit die Stellung des Schriftstellers in der Gesellschaft verändert. Über die Massenmedien hat er einen ungleich intensiveren Einfluß auf die Gesellschaft gewonnen und muß ihn, um ‹drin› zu bleiben, mit immer neuen Überraschungen oder ‹Skandalen› zu erhalten trachten. Auf der anderen Seite wurde die aristokratische Distanz des Schriftstellers gegenüber seinem Publikum, welche die bürgerliche Epoche kultiviert hatte, aufgehoben. Man braucht nur die Publizität von Hermann Hesse, Gerhart Hauptmann, Thomas Mann, die auch ‹berühmt› waren, mit derjenigen von Grass, Böll, Dürrenmatt oder Frisch zu vergleichen. Der heutige Schriftsteller wird zur guten respektive schlechten Figur, die er auf dem Fernsehschirm macht, das heißt, er wird als solche fixiert, etabliert. Bei Günter Grass ist dies infolge seiner politischen Tätigkeit besonders spürbar. Überdies lehrt die Statistik, daß die Massenmedien ein Ansteigen der Leserzahlen im Gefolge haben. Damit wird die Unabhängigkeit des ‹freien Künstlers› geschmälert, weil er in sozialpolitischer und namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht ein immer wichtigerer Faktor wird, zumal wenn er erfolgreich ist.

### Leben läßt sich nicht mehr in Literatur verwandeln

Was Wunder, wenn sich diese allseitige Verfremdung auch in der Literatur auswirkt, das heißt im Wort, wo die Kommunikation zwischen Schriftsteller und Publikum stattfindet, im Sprachgebrauch, wo sich das kritische Selbstverständnis des Menschen zuallererst manifestiert. Man begreift daher, mit welcher Einmütigkeit moderne Romane zu demonstrieren suchen, warum sich Leben nicht mehr in Literatur verwandeln läßt. Robert Musils ‹Mann ohne Eigenschaften› bleibt trotz kolossaler Anstrengung ein Torso, und zwar nicht nur äußerlich. *Uwe Johnson* beweist uns, warum ‹Das dritte Buch über Achim› nicht zustande kommen kann (das ist der Inhalt des Romans). Peter Handkes ‹Die Hornissen› sind gar kein Roman, wie der Untertitel anzeigt, sondern der Versuch, die Entstehung eines möglichen Romans zu rekonstruieren. Auch in Martin Walsers ‹Einhorn› fehlt es an Wörtern über die Liebe, um das Erlebnis, die Realität mittels Sprache zu vergegenwärtigen.

Umgekehrt sind die ‹Helden› mancher moderner Romane entweder Outsider der Gesellschaft oder sie ringen – vergeblich – um ihre Identität. Thomas Manns Felix Krull ist ein Hochstapler. Heinrich Bölls Clown ein närrischer Artist. «Ich glaube, es gibt niemanden auf der Welt, der einen Clown versteht, nicht einmal ein Clown versteht den andern» (Ansichten eines Clowns, dtv 1967, Seite 97). Grass' Blechtrommler ist ein unheimlicher Zwerg, der übrigens auch einmal die Artistenlaufbahn einschlägt.

Nun gab es ja seit der Romantik den sogenannten Künstlerroman, weil sich damals die Emanzipation des ‹Künstlers› ereignete, der eine Außenseiterposition sowie eine Sonder-

moral für sich in Anspruch nahm. Das Maß seiner Existenz war dennoch hundert Jahre lang die bürgerliche Gesellschaft, in welche er sich, wie zum Beispiel Wilhelm Meister und der grüne Heinrich, wieder zurückintegrierte oder an welcher er scheiterte, wie E. T. A. Hoffmanns Cardillac und noch Thomas Manns Doktor Faustus alias Adrian Leverkühn.

Jetzt ist das anders. Nicht nur sind es Narren, Neurotiker, Verbrecher, Monstren, Artisten, also Außenseiter aller Art, welche die Romanwelt in der Mitte des 20. Jahrhunderts bevölkern. Sie bleiben auch, wie Felix Krull, Oskar Matzerath und Bölls ‹Clown›, ungerührt und unerlöst ‹draußen›. Ein schockierendes Ärgernis für die Gesellschaft, die sie nicht mehr zu eliminieren beziehungsweise zu assimilieren, das heißt zu überzeugen, zu bekehren vermag. Wenn es sich hingegen um normale Durchschnittsbürger handelt, dann wird ihr Selbstverständnis bis zum Verlust ihrer Identität in Frage gestellt, wie wir es aus den Werken Max Frischs kennen.

Die Sprache hat ihre wesentlichen Funktionen, die der Sinnstiftung und der zwischenmenschlichen Kommunikation, weitgehend eingebüßt und erweist sich mithin als manipulierbar, als beliebiges Experimentierfeld und somit als belanglos und unwahrhaftig. Peter Handkes letzte Theaterstücke und Helmut Heissenbüttels ‹Textbücher› bezeugen diesen Sprachverfall. Immerhin hat es Heissenbüttel aufgegeben, dem ‹Textbuch 6› noch ein siebentes folgen zu lassen. Seine eintönigen Variationen mündeten ins Leere. Ist es nicht auch symptomatisch, daß es heute keine christlichen Autoren vom Range eines Reinhold Schneider oder einer Gertrud von le Fort mehr gibt? Sogar das Kirchenlied greift nach Jazz und Beat ...

**Wo gekämpft wird, schweigen die Musen**

Im Lichte dieser literatursoziologischen Zusammenhänge gewinnt der neue Roman von Günter Grass seinen genaueren Stellenwert. Die Funktion des Schriftstellers in der Gesellschaft und die Bedeutung von Literatur für das Lesepublikum sind nicht mehr dieselben wie noch vor zehn Jahren. Die Reklamen des Buchhandels und die Buchseiten der Zeitungen künden den Sieg des politischen Buches über die sogenannte schöne Literatur an oder, vornehmer ausgedrückt, den Sieg des Sachbuches. Das hängt damit zusammen, daß das Informationsbedürfnis der großen Menge in dem Maße gestiegen ist, als das Analphabetentum zurückging. Die Sprache hat es mit der Wahrheit zu tun, das heißt mit der Wirklichkeit. In der schönen Literatur zeigt sich die gefährliche Tendenz, vor dieser Wirklichkeit zu kapitulieren und just diese Kapitulation zu ihrem Thema zu machen. Anderseits ist der Schriftsteller mehr denn jemals in die Realität, die ihn umgibt, verflochten und kann nicht umhin, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Günter Grass hat dies wie kein anderer vor ihm getan. Er hat in der politischen Aufklärungsarbeit gewiß mehr Verdienste gesammelt als in seinen neueren literarischen Werken. Eine alte Weisheit lautet: inter arma silent musae. Wo gekämpft wird, schweigen die Musen. Grass läßt den Schüler Scherbaum über seine lyrischen Versuche sagen: «Das ist doch zum Einlullen. Da glauben Sie doch selbst nicht dran. Das bewegt doch nichts. Damit kann man, wenn's gut geht, Geld verdienen. Drückt doch nur auf die Tränendrüsen ... stimmt's?» (öb. 221). Indes, was soll die schöne Literatur ‹bewegen›? Soll sie die Gesellschaft verändern oder nicht vielmehr jenes interesselose Wohlgefallen erzeugen, von dem Immanuel Kant gesprochen hat? Natürlich gibt es politische Dichtung von höchster Qualität; dazu gehören zum Beispiel Vergils ‹Aeneis› und Dantes ‹Divina comedia›. Allerdings ist hier das politische Programm gleichsam vollständig aufgesogen und in reine Form verwandelt worden. Das allein macht den künstlerischen Rang aus. Das Schöne ist nicht etwa kompliziert, sondern einfach, denn es ‹will› nichts. Jegliche Propagandatendenz widerspricht der Autonomie der Kunst. Von hier aus rückblickend darf gesagt werden, daß der Zwiespalt zwischen ästhetischer Kontemplation und politischer Aktion der Kunst des Günter Grass nicht eben förderlich war. Sicherlich wollte Grass in dem Theaterstück wie auch in dem Roman die Bewahrungsstrategie, die Tatenlosigkeit der Wohlstandsgesellschaft anprangern, die nichts so sehr fürchtet wie einen unkontrollierten Umsturz der ‹guten Verhältnisse›, in denen sie sich befindet. Wie ein Leitmotiv unserer Gesellschaftsstruktur wird wiederholt betont: «Gespräche verhindern Taten.» Soll allerdings der Roman nicht als politisches Instrument, sondern als Kunstform lebendig bleiben, so bedarf es einer letzten Gläubigkeit und des Ernstes zum Spiel der Kunst.

Und zum Abschluß noch eine Nachricht: Günter Grass' Roman ‹Örtlich betäubt› (soeben in der Übersetzung von Ralph Manheim unter dem Titel ‹Local Anaesthetic› im New Yorker Verlag Harcourt, Brace & World erschienen) hat die besten Rezensionen erhalten, die seit langem einem aus Deutschland kommenden Buch in den USA zuteil wurden. In der täglichen Ausgabe der ‹New York Times› steht John Leonard nicht an, Grass wegen der vielen Qualitäten von ‹Local Anaesthetic› für den Nobelpreis vorzuschlagen.

*Dr. Georg Bürke, Wien-Kalksburg*

# FÜR UND GEGEN DEN PRIESTERZÖLIBAT

Argumente aus dem Arsenal des 16. Jahrhunderts

*Vorbemerkung:* Für die nachfolgende historische Studie bietet uns ein Dokument aus unseren Tagen das Motto: «Heiliger Vater, das Problem existiert und wird täglich schwieriger. Es fordert eine Lösung. Es hilft nichts, es zu vertuschen oder daraus einen verbotenen Gesprächsgegenstand zu machen. Eure Heiligkeit weiß gut, daß unterdrückte Wahrheiten korrumpieren.»

Diese Sätze stammen vom melchitischen Patriarchen *Maximos IV. Saigh.* Er richtete sie an Papst Paul VI., als dieser ihn um den Text seiner in der Konzilsaula nicht gehaltenen Intervention zum Zölibat zwecks persönlichem Studium gebeten hatte. Das war im Oktober 1965. Dreihundertfünfundneunzig Jahre zuvor schrieb der allerchristlichste Kaiser *Ferdinand I.* zum selben Problem mit fast denselben Worten und ebenfalls im Kontext eines (wiederaufzunehmenden) Konzils an Papst Pius IV. Beiden Briefschreibern ging es darum, daß die Zölibatsfrage realistisch angegangen werde. Dieselbe Forderung hat neuerdings der Berichterstatter über eine Umfrage im italienischen Klerus vor der Italienischen Bischofskonferenz, Bischof *Gaddi* von Bergamo, erhoben, wobei er auf die psychologische Situation der Einsamkeit (fehlendes Dienstpersonal, keine Verwandten) und auf die wirtschaftliche Lage des Klerus im Zusammenhang mit dem Zölibatsproblem hinwies.

Überbrückt somit die Forderung nach Realismus die Kluft von vierhundert Jahren, so darf auch ein Vergleich der damaligen und heutigen Argumente für und wider den Zölibat Interesse beanspruchen. Dabei ist ein doppeltes zu beachten: Wortführer gegen die Zölibatsverpflichtung sind in unseren Dokumenten aus der Zeit der großen Reform nicht die Priester selber, sondern engagierte Laien und Staatsmänner, die sich sowohl für das Allgemeinwohl wie für die Erneuerung der Kirche verantwortlich fühlen. Von diesen Männern betont mindestens Kaiser Ferdinand I., seine Gründe für die Priesterehe träfen nur für die Länder des Deutschen Reiches zu. Ein ähnlicher Eindruck mochte in unseren Tagen entstehen, insofern man das Problem in Holland lokalisiert sah. Der zweite Teil der Dokumente (Aussprache auf dem Konzil von Trient) wird zeigen, daß die Frage im Grunde nicht nur nach «Zugeständnissen für Deutschland» zu stellen war. In den römischen Antworten wird schließlich die Entwicklung der Verhärtung von der «katholischen Reform» zur «Gegenreformation» (Philipp II./Pius V.) aufscheinen.

Der Verfasser, Dr. *Georg Denzler*, doziert Kirchengeschichte an den Universitäten München und Tübingen und hielt drei Semester hindurch Vorlesungen über die «Geschichte des Amtszölibats». Ein Buch über dasselbe Thema wird später im Herder-Verlag erscheinen. *Die Redaktion*

Wer behauptet, der heutige Streit um den Zölibat sei ein Novum in der Kirche, beweist damit nur ungenügende Kenntnisse in der Zölibatsgeschichte. Die Diskussionen über die gesetzliche Verpflichtung der lateinischen Priester zur Ehelosigkeit sind so alt wie das auf dem 2. Laterankonzil (1139) erlassene Zölibatsgesetz.[1] Gewiß lassen sich im Laufe der Jahrhunderte auch in diesem Punkt Ebbe und Flut konstatieren, das heißt: ausgesprochene Krisenzeiten und Perioden relativ großer Ruhe – die sich allerdings oft nur als Ruhe vor dem Sturm erwies! – wechselten einander ab. Im alltäglichen Leben der von dieser strengen Verpflichtung betroffenen Geistlichen freilich spielte das Zölibatsproblem eigentlich immer eine Rolle, weil es sich dabei eben nicht nur um einen einmaligen Entschluß, sondern um eine stets neu zu bejahende und zu realisierende Lebensform handelt.

Die Zölibatsgegner im Säkulum der Reformation trafen auf einen Klerus, der zu einem erheblichen Prozentsatz das biblische Ideal der Ehelosigkeit um des Himmelreiches willen für sich persönlich nicht beanspruchte und wegen seines unzölibatären Lebenswandels beim Volk weithin in Mißkredit stand.[2] Die skandalösen und teilweise sogar katastrophalen Zustände gaben den Antizölibatsbestrebungen und -bewegungen einen günstigen Ausgangspunkt und gleichzeitig begründete Aussicht auf durchschlagenden Erfolg. Doch die kirchlichen Obrigkeiten, allen voran die Päpste in Rom, konnten, gestützt auf alte Traditionen und autoritäre Strukturen, alle Angriffe bestehen und überleben – bis auf den heutigen Tag.

## Kaiser Ferdinand I. und Papst Pius IV.

Am 20. Juni 1560 ließ Kaiser *Ferdinand I.* (1558–1654) dem päpstlichen Nuntius Stanislaus *Hosius*, einem gebürtigen Ermländer, ein ausführliches Antwortschreiben zur Frage der Fortsetzung des seit 1552 unterbrochenen Trienter Konzils überreichen. Im Mittelpunkt des für die Kirchenreform aufschlußreichen Dokuments stehen zwei dringend gewünschte Konzessionen: der Laienkelch und die Priesterehe.

Bevor der Kaiser auf diese Hauptpunkte näher eingeht, erwähnt er Personen, die angesichts der verwirrten Situation und des ungewissen Konzilfortgangs die Forderung erheben, «die bisher übliche Verschwiegenheit, Verzögerung und Verheimlichung endlich aufzugeben, die Strenge der Kanones mit Rücksicht auf die Erhaltung und Erneuerung des katholischen Glaubens in einigen Punkten zu mildern und dadurch Klerus wie Volk wegen ihrer Herzenshärte entgegenzukommen». Es handle sich um dringende Probleme, erklärt der Kaiser, die ohne Verrat eines göttlichen Gebots und auch ohne Nachteil für das Ansehen der Kirche und des Apostolischen Stuhls gelöst werden könnten. Ein Nachgeben in den genannten Fragen würde außerdem noch zu erwartende disziplinäre und liturgische Eigenmächtigkeiten verhindern.

Kaiser Ferdinand verhehlt nicht, daß er persönlich überhaupt keine Änderung wünsche, jedoch auf das allgemeine Wohl bedacht sein müsse. Während nun Laien die Kelchkommunion und Priester die Ehe mit allen Kräften für sich beanspruchten und auf eigene Faust auch schon praktizierten, setzten sich die Obrigkeiten gegen beide Forderungen hartnäckig zur Wehr. Und da die Petenten keinen Erfolg sähen, verachteten Geistliche aus purer Opposition auch andere Vorschriften und verfielen Laien schweren Irrtümern. Der Apostolische Stuhl könnte auf dem Weg der Dispens Laienkelch und Priesterehe zulassen.

Das conjugium clericorum (Ehe von Geistlichen) ist in den Augen des Kaisers ein schwierigeres Problem als die Communio sub utraque (Kommunion unter beiderlei Gestalt). Die Kirche zwinge zwar niemand zur Kontinenz, habe aber andererseits die Verpflichtung zur geschlechtlichen Enthaltsamkeit mit dem Ordo (Weihesakrament) verbunden. Was diese Kombination betrifft, gibt Ferdinand zu, daß die Ehelosigkeit all jenen, die sich dem Gebet und der geistlichen Lesung widmen sowie zur Spendung der Sakramente bereitstehen müssen, höchst angemessen sei. Er beruft sich dafür auf den Apostel Paulus (1 Kor 7, 32f.). Man dürfe aber nicht übersehen, daß die menschliche Natur schon von Jugend an so stark zum Bösen neige, daß nur wenige das Feuer der Leidenschaft unversehrt bestehen könnten. Der Papst müsse daher überlegen, ob es bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht nützlicher sei, bis zu einer endgültigen Konzilsentscheidung die Geistlichen vom Zölibatsgesetz zu entbinden oder diese Verpflichtung stillschweigend zu übergehen. Hinzu komme, daß Überfluß an irdischen Gütern den Klerikern die Einhaltung des Keuschheitsgesetzes nur erschwere. Rettung liege allein in der Rückkehr zur Armut der Alten Kirche. Den reichen Kirchenfürsten gelte das Prophetenwort: sie sollen vertrieben werden aus ihren Luxushäusern und von ihren üppigen Gastmählern. Die Keuschheit sei in Gefahr durch Vergnügen, die Demut durch Reichtum, die Frömmigkeit durch weltliche Geschäfte, die Wahrheit durch Vielrederei und die Liebe durch die böse Welt.

Wenn die Kleriker schon zur Keuschheit verpflichtet werden müßten, dann, so lautet ein erster Vorschlag im kaiserlichen Memorandum, sollte man nur Männer reiferen Alters, die auf Grund ihrer Vergangenheit ein tadelloses Leben erhoffen ließen, zu Priestern weihen. Wenn aber nur jüngere Kandidaten in Frage kämen, dann sei zu überlegen, ob ihnen nicht lieber die Möglichkeit zur Heirat gegeben werde, als sie durch ein dauerndes Versprechen der Glut der Leidenschaft und der Gefahr der Unkeuschheit preiszugeben. Sie nähmen die Verpflichtung zur Enthaltsamkeit übrigens nur deshalb auf sich, um in den Genuß fetter kirchlicher Pfründen zu gelangen. Nur mit Bedauern könne man das unsittliche Leben der Priester sehen. In dieser Hinsicht sei auch in Zukunft keine Besserung zu erwarten.

Zur theologischen Begründung des Priesterzölibats heißt es, die Enthaltsamkeitsvorschrift sei weder göttlichen Rechtes noch notwendig zum Heil, sie werde auch nicht vom Wesen des Weihesakramentes gefordert, sondern sei der Seelsorge wegen erlassen. Wenn aber dieses Ziel nicht mehr erreicht werde, ja das Gegenteil eintrete, dann müsse die Kirche wie ein guter Arzt handeln, der einem Kranken die bisherige Medizin verbietet, weil sie mehr Schaden als Nutzen gestiftet hat.

Sollte aber die Ehelosigkeit des Klerus vornehmlich zur Erhaltung des Kirchengutes dienen, dann bleibe zu fragen, ob allein deshalb so viele Seelen in Gefahr gebracht werden dürften, zumal noch andere Möglichkeiten bestünden, den weltlichen Besitz der Kirche sicherzustellen.

Das Schreiben wendet sich dann gegen jene, die das Konkubinat eines Priesters weniger schlimm erachteten als seine Verheiratung. Das Gegenteil treffe zu, denn wenn ein Priester heirate, dann verstoße er nur gegen ein Kirchengesetz, wenn er aber Unkeuschheit treibe, dann versündige er sich gegen göttliches und positives Recht.

### Schlußfolgerungen des Kaisers

Aus alldem zieht Kaiser Ferdinand den Schluß: Es liegt in der Hand des Papstes und der Kirche, ob angesichts der bestehenden Verhältnisse und zur Rettung vieler tausend Seelen Laienkelch und Priesterehe, die kein göttliches Gebot tangieren, bis zu einem definitiven Konzilsentscheid zumindest toleriert werden. Wenn dies geschehe, tue die okzidentale Kirche etwas, was die orientalische Kirche längst schon praktiziere.

Der Kaiser ist ehrlich genug zuzugeben, daß die zum Protestantismus abgefallenen Priester allein durch die Gewährung des Laienkelchs und der Priesterehe noch nicht zur Rückkehr gewonnen seien, «weil Häresien meist neue Irrlehren hervorzubringen und wie Krebs weiterzukriechen pflegen». Trotzdem dürfe man eine Konversion der Abgefallenen nicht völlig ausschließen. Gewaltmaßnahmen allerdings seien fehl am Platz. Nur Geduld, Bescheidenheit und Güte würden weiterhelfen. Die Kirche habe jedoch die Verpflichtung, alle ihr zu Gebote stehenden legitimen Mittel einzusetzen – dazu zähle auch die vom Papst beabsichtigte Fortführung und Beendigung des Konzils –, um Frieden und Ruhe unter den Christen zu bewirken und schlimmeres Unheil von der Kirche abzuwenden.

*Die Kirche könne der Ausbreitung des Schismas mit Sicherheit Einhalt gebieten, wenn sie bisher Verbotenes erlaube und dadurch Schismatisches zum Katholischen wende.* Auf diese Weise würden Katholiken vom Abfall bewahrt und ein Großteil der Abtrünnigen könnte den Weg zurückfinden. Ein noch längeres Zusehen aber gereiche der niedergeschlagenen Religion zu noch größerem Schaden. Während man das Ganze zu retten suche, verliere man dieses Ganze; während man einzelne Lehren und Zeremonien mit Eifer verteidige, setze man sie erst recht aufs Spiel. Dadurch machten sich alle, die Untertanen nicht mehr als die Hirten, Priester, Könige und Fürsten, vor Gott schuldig.

Der Kaiser bezeichnet es als eine Pflicht des Apostolischen Stuhls, frühere Kanones und Dekrete den Erfordernissen der jeweiligen Zeit anzupassen. «Die Nachfolger können selbst gute Anordnungen ihrer Vorgänger ändern, wenn sie sich als verderblich erwiesen haben.» Niemand könne tadeln, daß menschliche Statuten wegen andersartiger Zeitumstände geändert würden, noch dazu, wenn eine dringende Notwendigkeit oder ein offensichtlicher Nutzen solche Modifikationen erforderlich machten. Dies habe zu allen Zeiten gegolten, wie Theologen und Kanonisten sehr wohl wüßten.

Das Antwortschreiben erwähnt noch die Salzburger Synode vom Mai 1560,[3] an welcher die Bischöfe das kirchenpolitische Programm des Kaisers kritisiert hatten. Der Kaiser entschuldigt seine Toleranz gegenüber Laienkelch und Priesterehe mit der prekären Lage, weist aber auch darauf hin, daß er gegen Mißstände tatkräftig eingeschritten sei, Delinquenten an den zuständigen Bischof ausgeliefert und dann des Landes verwiesen habe. Da jedoch keine Besserung der Lage eingetreten sei, hätte ein rigoroses Durchgreifen nur größeren Schaden verursacht und den Abfall vieler beschleunigt.

Abschließend empfiehlt sich Ferdinand als «folgsamer Sohn der Kirche», der seine Darlegungen nicht als Forderungen an den Papst verstanden wissen möchte. Er bitte vielmehr sehr inständig, das Oberhaupt der Kirche möge den Statusbericht wohlwollend interpretieren und der niedergeschlagenen Christenheit möglichst bald zu Hilfe kommen.[4]

Nuntius *Hosius* reichte nur einen summarischen Bericht des Kaiserschreibens nach Rom weiter, weil er den Gesamttext für revisionsbedürftig hielt.[5] Später ließ Ferdinand den Papst wissen, daß er keine Vertreter zum Konzil entsenden werde, solange nicht eine spürbare Reform der Kirche eingeleitet sei.[6] Natürlich dachte er dabei in erster Linie an die schon seit Jahrzehnten begehrten Konzessionen: Laienkelch und Priesterehe.

### Die Antwort des Papstes

In dem Antwortschreiben *Pius' IV.* (1559–1565), das dem Kaiser am 28. September 1560 in Wien überreicht wurde, heißt es, der Papst könne zwar die gewünschten Zugeständnisse machen; da es sich dabei aber um Vorschriften früherer Konzilien und Anliegen der Gesamtkirche handle, wolle er zuvor die Ansichten der Bischöfe hören. Sollte der Kaiser das Konzil wegen des vorgesehenen Versammlungsortes Trient oder einer anderen Stadt Italiens ablehnen, die Kirchenreform aber trotzdem befürworten, dann bleibe noch die Möglichkeit, Bischöfe und Theologen aus verschiedenen Ländern zur Sonderberatung nach Rom zu rufen.[7]

Der Kaiser beharrte in der Tat darauf, daß die unaufschiebbaren Reformen noch vor dem Zusammentritt des Konzils durchgeführt würden. Mit der Vertröstung des Papstes auf die nächste Konzilsperiode war er, wie aus einem weiteren Schreiben an den Papst vom 9. Oktober 1560 hervorgeht, nicht einverstanden. Er betonte, daß Klerus und Laien mit Nachdruck auf einer baldigen Genehmigung der beiden Reformvorschläge bestünden, eben weil die Bischofsversammlung eine ungewisse Sache sei.[8]

## Visitationen am Niederrhein und in Österreich

Im Jahre 1561 erstattete Nuntius *Commendone* dem Nepoten des Papstes, *Carlo Borromeo*, in dessen Händen die Geschäfte des Staatssekretariates lagen, genauen Bericht über seine Gespräche mit Herzog *Wilhelm V. von Jülich-Cleve-Berg*. Auch diesem Landesherrn bereitete der Priesterzölibat große Sorgen. Mußte er doch die bestürzende Feststellung machen, «daß in seinen Gebieten keine fünf Priester ohne öffentliche Konkubinen lebten». Er bat daher den päpstlichen Vertreter um Unterstützung seines Gesuches zugunsten des Laienkelchs und der Priesterehe. Der Nuntius hingegen versuchte alles, um den Herzog von seinen Plänen abzubringen, und verwies ihn ebenfalls auf das kommende Konzil.[9] Die Heirat des Hofkaplans wurde bezeichnenderweise von keiner Seite angesprochen.

Die im Auftrag des Kaisers und mit Genehmigung des Apostolischen Stuhls im März und April 1561 durchgeführte Visitation der Klöster ob und unter der Enns enthüllte tiefgehende Mißstände. *Hillinger*, der Offizial des Passauer Bischofs, faßte das Ergebnis der Visitation in einem Satz zusammen: «Unser ganzes corpus und materia monasteriorum ist also verderbt und durchaus corrupt, daß meines Erachtens diese massa nirgend mehr anzugreifen ist. Alle Religiosen, Klosterleut und status monasteriorum sind von ihren Regeln, Statuten und Canonen soweit abgewichen, daß sie nicht mehr dazu zu weisen oder zu bewegen.»[10] Ein an den Kaiser gerichtetes Gutachten wollte jedoch die Hauptschuld an den offenkundig gewordenen Mängeln dem Weltklerus, vor allem den säumigen Bischöfen, aufbürden.[11]

Im Oktober 1562 gab Dr. *Gienger*, einer der angesehensten Räte am Kaiserhof, Ferdinand I. abermals zu bedenken, ob es nicht besser sei, «würdige Ehemänner zum Priestertum zuzulassen, als diesen (um es nicht noch härter zu sagen) ganz und gar unreinen Zölibat der Kleriker, ihnen selber zur schließlichen Verdammnis und aller Welt zum schlimmsten Ärgernis, weiter zu gestatten.»[12]

## Die Stimme Bayerns auf dem Trienter Konzil

Nach zehnjähriger Unterbrechung trat das Konzil am 18. Januar 1562 in *Trient* zu seiner 3. Sitzungsperiode zusammen. Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen waren 113 Bischöfe zugegen – die höchste Zahl seit Beginn der Versammlung im Jahre 1545. Eingehende Beratungen über die Residenzpflicht der Bischöfe führten schon bald zu einer gefährlichen Vertrauenskrise, die erst Anfang Juni überwunden werden konnte.

Bei der Generalkongregation am 27. Juni 1562 hielt der Gesandte des bayerischen Herzogs Albrecht V., *August Baumgartner*, eine programmatische Rede. Wie nicht anders zu erwarten, bildeten die bekannten Forderungen nach Laienkelch und Priesterehe den Schwerpunkt seiner Ausführungen. Um die Dringlichkeit gerade der zweiten Frage deutlich zu machen, stützte sich der Redner auf eine im Jahre 1558 vorgenommene Visitation im Herzogtum Bayern. Dabei sei hinsichtlich Priesterkonkubinat offenkundig geworden, «daß sich unter hundert Geistlichen kaum drei oder vier fanden, die weder im öffentlichen Konkubinat lebten noch eine klandestine Ehe eingegangen waren und auch nicht öffentlich geheiratet hatten». Als Wege zur Besserung nannte er Reformen auf Grund kirchlicher Vorschriften (Canones) und Errichtung von Ausbildungsstätten für Priesteramtskandidaten. Eine Erneuerung im Sinn geltender Gesetze sei zwar schon von den Bischöfen versucht worden, freilich ohne greifbaren Erfolg.

Baumgartner verschwieg auch nicht, daß fast alle die keusche Ehe dem vielgeschmähten Zölibat vorzögen, und traf die generelle Feststellung, daß vor allem intelligente und gelehrte Männer lieber heirateten und damit auf kirchliche Benefizien verzichteten, als daß sie sich den Besitz kirchlicher Pfründen verschafften und dafür ein eheloses Leben auf sich nähmen, noch dazu, da ihnen das ärgerniserregende Leben und Treiben der Kleriker hinreichend bekannt sei. Dies erkläre auch den Mangel an gebildeten Männern unter dem Klerus, hier liege die Wurzel für die Verachtung der Geistlichkeit, aus diesem Umstand zögen die Häretiker Gewinn und erleide die Alte Kirche schmerzliche Einbuße.

Experten, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen vertraut seien, so führte der Gesandte sein Plädoyer weiter, erblickten Rettung einzig und allein darin, daß verheiratete Männer,

die für Predigt und Unterricht geeignet seien, die höheren Weihen empfangen dürften, vor allem aber zur Predigt des Wortes Gottes zugelassen würden. Es bestehe kein göttliches Gesetz, demzufolge der Priester zölibatär leben müßte. Auch gehe aus den Dokumenten der Alten Kirche klar hervor, daß verheiratete Ehemänner die heiligen Weihen empfangen hätten, und zwar nicht nur Priester-, sondern auch Bischofsweihe. Papst und Konzil müßten angesichts der kirchlichen Notlage die entsprechenden Verordnungen treffen.

Um die Auswirkung dieser Frage auf das Schicksal der Reformation zu zeigen, betonte dieser Redner aus dem Laienstand, die meisten Provinzen Deutschlands wären dem Apostolischen Stuhl treu geblieben, wenn in dieser an sich indifferenten Frage ein gewisses Entgegenkommen erfolgt wäre.

Gegen Ende seiner ungeschminkten Intervention rechnete Baumgartner das skandalöse Leben der Kleriker, das Konkubinat der Priester und das Verbot des Laienkelches zu den Hauptursachen für den Erfolg der Glaubensneuerung. Als Konsequenzen forderte er zur Beseitigung der lasterhaften Geistlichen eine gediegene Schulausbildung der Priesteramtskandidaten, zur Vermeidung des betrüblichen Konkubinats die Zulassung bewährter Ehemänner zu den Weihen und zur Beruhigung des aufgebrachten Volkes die Kommunionspendung unter beiden Gestalten.

Um aber keine falschen Hoffnungen zu erwecken, erklärte der Gesandte des Bayernherzogs, daß die zum Protestantismus abgefallenen Fürsten und Untertanen wegen der genannten Konzessionen noch nicht katholisch würden, wohl aber Hoffnung bestehe, die jetzigen Katholiken im katholischen Glauben zu erhalten. Jedenfalls sei ein tadelloser Lebenswandel der Geistlichen die unerläßliche Voraussetzung für ihre Glaubwürdigkeit.[13]

Die Konzilsväter nahmen die Darlegungen Baumgartners zur Kenntnis und versprachen eine genaue Prüfung. In der Frage des Laienkelchs gingen ihre Meinungen auseinander. Die Priesterehe aber wurde einstimmig abgelehnt.

### Ein neuer Vorstoß Kaiser Ferdinands I.

Auch Ferdinand I. machte während der Trienter Kirchenversammlung einen erneuten Vorstoß in der Zölibatsfrage. Er ließ seinen Oratoren ein umfangreiches Dokument (auch Reformationslibell genannt) überreichen, das er im Beischreiben als «Deliberatio piorum, eruditorum et catholicorum virorum») (Überlegungen gelehrter und katholischer Persönlichkeiten) bezeichnet.

Unter der Vielzahl von Vorschlägen, welche der inneren Erneuerung dienen sollten, findet sich natürlich auch ein Weg, wie dem weitverbreiteten Priesterkonkubinat wirksam begegnet werden könnte. Denn nichts entfremde das Volk mehr dem Klerus, als wenn dieser einen unmoralischen Lebenswandel führe. Dies sei auch der Grund für den Abfall vieler vom katholischen Glauben. Mit Wehmut erinnert der Kaiser an die Reformanstrengungen unter Papst Paul III. und Kaiser Karl V. Und der Erfolg? «Daß die letzteren Dinge schlimmer sind als die ersteren!» Dabei sollten doch die Lehrer der Kirche «Licht der Welt» sein und ihr Licht durch gute Werke leuchten lassen. Ein vorbildliches Leben bewege die ungebildeten Leute aus dem Volk viel eher zum Guten als noch so große Lehrweisheit. Leben und Lehre müßten untrennbar verbunden sein. Auch Christus habe nicht nur gesagt: «Wer so lehrt», sondern hinzugefügt: «und wer so tut, der wird groß genannt werden.» Deshalb verlangt Kaiser Ferdinand die Beratungen über die Erneuerung des Klerus und die allgemeine Kirchenreform vor der Erörterung dogmatischer Kontroversfragen.

Der ausführlichen Einleitung folgen 15 Reformartikel. In Nummer 14 heißt es, der gesamte Klerus (welch ein Schmerz!) sei vom Weg der Väter so stark abgewichen, daß das Leben eines jeden den Dekreten der Canones diametral zuwiderlaufe. So müsse man mit Recht fragen: «Wo ist der Gott der Kleriker?» Das Volk beurteile die katholische Glaubenslehre nach den Lastern des Klerus. Die Ruchlosigkeit der Geistlichen aber sei so weit gediehen, daß sie Laster, denen sie selbst ungestraft frönten, bei Laien mit öffentlichen Strafen ahndeten. Das Konzil müsse nach Wegen suchen, wie die Kleriker zu einem besseren Leben gebracht werden könnten, damit sie wirklich seien, was sie ihrem Namen zufolge sein müßten: Auserwählte!

Ein noch düstereres Bild wird von den männlichen und weiblichen Ordensmitgliedern gezeichnet. Besonders die Inhaber von Prälaturen – die meisten von ihnen, die keiner bischöflichen Jurisdiktion unterstehen, sind Familienväter! – führten ein zutiefst unsittliches und unkirchliches Leben. Bei den Konzilsvätern liege die Entscheidung, ob das Ordensleben in seiner ganzen Strenge zu beobachten sei oder ob manche Ordensregeln erleichtert werden könnten. Außerdem sei zu erwägen, ob die Klostergüter anderen frommen Zwecken dienstbar gemacht werden sollten.

Unter Berufung auf die Hl. Schrift stellt der Kaiser dann drei Forderungen:

- Kommunionempfang unter beiden Gestalten
- Aufhebung des Abstinenzgebotes
- Erlaubnis der Priesterheirat.

Weil sich die Protestanten für diese drei Punkte auf die Bibel beriefen, erweckten sie nach Meinung Ferdinands beim einfachen Volk den Eindruck, als ob sie auch mit anderen Neuerungen auf dem Boden der Bibel stünden. Wenn nun die genannten Forderungen erfüllt würden, könnte man die Katholiken im alten Glauben erhalten und viele gelehrte Männer für das Priesteramt begeistern. Darüber hinaus bestehe Hoffnung, daß alle jene Priester, die sich der Reformation angeschlossen und geheiratet hätten, nach Erkenntnis ihres Fehltritts zur katholischen Kirche zurückfänden.

Im Blick auf die theologische Seite dieses Problems wird vorbehaltlos anerkannt, daß die Römische Kirche gerade wegen des Zölibats ihrer Priester der Griechischen Kirche gegenüber den Vorrang verdiene. *Da aber in der jetzigen Zeit das Bessere nicht zu erreichen sei, müsse man auch nach Auffassung frommer Männer zufrieden sein mit dem (nur) Guten*, zumal der Priesterzölibat, wie allgemein bekannt sei, nur von einem kirchlichen Gesetz gefordert werde. Petrus und die meisten Apostel seien nach dem Zeugnis der Hl. Schrift und der Kirchengeschichte verheiratet gewesen. Die Möglichkeit des verheirateten Priesters gehe auch aus Synodaldekreten (Ankyra, Nizäa) hervor. Darum könnten Papst und Konzil die Verpflichtung zur Ehelosigkeit, die einst aus bestimmten Motiven aufgestellt worden sei, aus anderslautenden Gründen wieder aufheben. Im deutschen Klerus sei das Verlangen nach Heirat so stark, «daß man unter hundert Pfarrern kaum einen findet, der nicht heimlich oder öffentlich verheiratet ist». Der Kaiser erinnert in diesem Zusammenhang an das Ergebnis einer Visitation in Ungarn.[14] Dort habe man viele Priester angetroffen, die den Gläubigen den Kelch reichten und in der Ehe lebten, ansonsten aber katholisch zu sein beanspruchten. Die Frage sei, ob man solche Geistliche vertreiben oder tolerieren solle. Wenn man sie dulde, werde die Gefahr eines Schismas heraufbeschworen. Wenn man sie vertreibe, ergäben sich drei andere Schwierigkeiten:

- Da ehelose Priester nicht zur Verfügung stehen, bleiben die Pfarreien ohne Seelsorger.
- Da die armen verheirateten Priester den nötigen Lebensunterhalt entbehren, werden sie den Häretikern in die Arme getrieben.
- Wenn die Pfarreien priesterlos sind, müssen auch die Bischöfe Land und Leute verlassen.

Aus den vorgebrachten Argumenten zieht Kaiser Ferdinand den Schluß, daß den Priestern die Ehe zu gestatten sei. Da aber die Gründe nur auf die Verhältnisse in Ländern des Deutschen Reiches zuträfen, müßten die dringend erforderlichen Konzessionen nicht allen Nationen, Königreichen und Provinzen der Christenheit erteilt werden.[15]

(2. Teil folgt) *Dr. Georg Denzler*

*Anmerkungen*

[1] Vgl. G. Denzler, Zur Geschichte des Zölibats. Ehe und Ehelosigkeit der Priester bis zur Einführung des Zölibatsgesetzes im Jahre 1139, in: Stimmen der Zeit 183 (1969), 383–401; ders., Priesterehe und Priesterzölibat in historischer Sicht, in: Existenzprobleme des Priesters (Münchener Akademie-Schriften, hrsg. von F. Henrich, Bd. 50), München 1969, 13–52.

[2] Vgl. A. Franzen, Zölibat und Priesterehe in der Auseinandersetzung der Reformationszeit und der katholischen Reform des 16. Jahrhunderts, Münster 1969. – [3] G. Eder, Die Reformvorschläge Kaiser Ferdinands I. auf dem Konzil von Trient, Bd. I, Münster 1911, 29–30. – [4] Concilium Tridentinum, hrsg. von der Görresgesellschaft, Bd. VIII 39–51. – [5] Concilium Tridentinum VIII 51, Anm. 4. – [6] Bericht des Venezianischen Gesandten Amulio vom 12. 7. 1560 (Concilium Tridentinum VIII 51). – [7] C. Borromeo gibt die Antwort im Auftrag des Papstes am 30. 8. 1560 (Concilium Tridentinum VIII 62–63). – [8] Concilium Tridentinum VIII 85. – [9] Ebd. VIII 202. – [10] Eder, Reformvorschläge, 67. – [11] Ebd. 162.

[12] «... honestos maritos ad sacerdotium zu admittieren, alls impurissimum illum clericorum caelibatum (ne quid durius dicam) inen selbst zu enndtlicher verdambnuss und allerwelt zur hegsten ergernuss zugestatten»: G. Constant, Concession à l'Allemagne de la communion sous les deux espèces, Bd. II, Paris 1923, 823.

[13] Concilium Tridentinum VIII 620–626. – [14] Über die Zustände in Ungarn berichtet Hosius am 31. 7. 1560 an Borromeo: «In Hungaria fere omnes parochi sunt coniugati, adeo ut vix tres caelibes reperiri dicantur» (Concilium Tridentinum XIII 677, Anm. 7). – [15] Concilium Tridentinum XIII 661–685.

# Katholische Kirche in der DDR

Klerus wie Laien horchten erstaunt auf, als der Bischof von Berlin, Alfred Kardinal *Bengsch*, zum zwanzigjährigen Bestehen der DDR erklärte:

«Wir sind bereit, alles anzuerkennen, was zum wirklichen Wohl der Menschen getan wird, auch aus dem Grund, weil ja da überall Christen mitgearbeitet haben. Und wenn wir zurückdenken an die zwanzig Jahre kirchlichen Lebens hier, werden wir nicht wegwischen können die Spannungen und die manchmal schweren Belastungen, aber wir werden auch mit Dank gegen Gott sagen können: die Kirche konnte seelsorglich arbeiten; und wenn wir ganz ehrlich sind, sie hatte noch mehr Chancen, als sie oft genutzt hat.»

Zwar konnten dem aufmerksamen Beobachter mehrere Anzeichen für eine Neueinschätzung des Verhältnisses der katholischen Kirche zum kommunistischen Staat durch die Hierarchie der DDR seit 1969 nicht entgehen, doch galt kirchenoffiziell noch immer das Wort des Meißener Diözesanbischofs *Spülbeck* am Kölner Katholikentag vor nunmehr schon vierzehn Jahren:

«Wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten ... Wir tragen gerne dazu bei, daß wir selbst in diesem Hause noch menschenwürdig und als Christen leben können, aber wir können kein neues Stockwerk daraufsetzen, da wir das Fundament für fehlerhaft halten. Das Menschenbild des Marxismus und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung stimmt mit dem Bild, das wir haben, nicht überein. Dieses Haus bleibt uns ein fremdes Haus.»

## Verständliche Gettohaltung

Diese ablehnende Haltung war damals mehr als verständlich zu einer Zeit, da evangelische wie katholische Kirche in der DDR auch nach Auffassung der Bonner Politik als stärkstes Bollwerk gegen eine endgültige Spaltung Deutschlands galten. Besonders die katholische Kirche lebte geistig und materiell vollständig vom Westen und entwickelte keinerlei Ehrgeiz, die in der DDR geschaffenen neuen gesellschaftlichen Verhältnisse als konkrete Wirkmöglichkeiten christlichen Lebens zu betrachten. Christliche Bewährung wurde nicht im Mitgestalten und Einflußnehmen, sondern im passiven Abseitsstehen gesehen. Die Herrschaft der SED galt als Periode der Versuchung, die in möglichst enger Bindung an die Bundesrepublik überstanden werden mußte.

Verständlich wird diese Gettohaltung der Katholiken gegenüber einer veränderten Umwelt aber auch durch das Verhalten des atheistischen Staates. Das erste Jahrzehnt der DDR war durch einen weit über den psychologischen Bereich hinausreichenden Kampf der Funktionäre gegen die Kirche gekennzeichnet. Ihnen kam es darauf an, den Einfluß der Kirche zurückzudrängen, um die Staatswerdung im Bewußtsein der Bürger zu beschleunigen. Die Auseinandersetzungen erreichten aber nie einen Grad von Kirchenverfolgung, wie er aus andern Ländern des sozialistischen Lagers bekannt ist. Dazu mag die geschickte Differenzierung in der Parteisprache zwischen Christen und Kirche beigetragen haben, die es jeweils ermöglichte, alle nicht in das Konzept eines totalen gesellschaftlichen Anspruchs des atheistisch geprägten sozialistischen Systems passenden Äußerungen kirchlichen Lebens der ‹halsstarrigen› Kircheninstitution zuzuweisen. Diese Kirche hatte nach den parteiamtlichen Veröffentlichungen längst keinen Rückhalt mehr bei der katholischen Bevölkerung, der allgemein ein Wille zur Aussöhnung und Zusammenarbeit mit den Kommunisten unterstellt wurde.

## Entwicklung seit dem Mauerbau

Seit dem Berliner Mauerbau vom 13. August 1961 hat sich die antireligiöse und antikirchliche Welle in der offiziellen Kirchenpolitik wesentlich gemildert. Statt plumper atheistischer Propaganda werden die gemeinsame humanistische Verantwortung und der Aufbau einer besseren irdischen Welt durch Christen und Marxisten herausgestellt. Es wird darauf verwiesen, daß die Katholiken den Sozialismus durch ihre tägliche Arbeit mitgeschaffen haben. Dieser Gesinnungsumschwung ist auf handfeste und nüchterne Überlegungen der SED-Führung zurückzuführen. Das gesamte gesellschaftliche Leben ist areligiös geprägt; auf allen Gebieten sind die geplanten revolutionären Veränderungen durchgesetzt worden. Lediglich der kirchliche Bereich blieb von dieser Gleichschaltung verschont. Die Partei hofft nunmehr auf die Auswirkungen des überall spürbaren Säkularisationstrends auch bei den Christen.

Den Katholiken erwachsen aus ihrer Kirchenzugehörigkeit im öffentlichen Leben kaum noch Benachteiligungen. Natürlich sind ihnen Positionen nicht zugänglich, die in besonderer Weise das Augenmerk der Partei beanspruchen. Aber es gibt Genossenschaftsvorsitzende, Betriebsleiter, Ingenieure, Chefärzte und Professoren vornehmlich im naturwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Bereich, die Katholiken sind. Das heißt nicht, sie müßten der Ideologie sehr nahestehen, wenn von ihnen auch unbedingte Loyalität zu den Grundprinzipien des Staates verlangt wird: der sozialistischen Wirtschaftsweise, dem unabdingbaren Führungsanspruch der SED und der Eingliederung in den Warschauer Pakt. Zu schwinden beginnt unter diesen Verhältnissen das früher ausgeprägte Gefühl, als gläubiger Katholik nur ein Staatsbürger minderer Klasse zu sein. Damit wird aber gleichzeitig das ausschließliche Frontdenken wenigstens bei den katholischen Intellektuellen in Frage gestellt. Sie wollen das selbstgewählte Getto verlassen und fordern eine Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt in nicht nur negativem Sinn. Sie stellen die Frage nach der christlichen Existenz im kommunistisch-atheistischen Staatssystem. So spricht eine Gruppe der katholischen Studentengemeinde der Martin-Luther-Universität Halle für manche

Gläubige, wenn sie die monolithische Haltung der Kirche kritisiert:

«Wir denken an unsere Kirche in der DDR; nach außen einheitlich erscheinend, bewahrt sie diese Einheitlichkeit doch nur durch gelenkte Aktivitäten und Initiativen kirchlicher Seelsorgsämter, weitgehend klerikal, hat sie die Chance der Pluralität noch nicht entdeckt, die im selbstverantworteten Tun der Laien liegt. Wieviel an echter Demokratisierung der Umgangsformen zwischen Bischöfen, Priestern und Laien, wieviel in kirchlichen Amtsstuben noch nie gedachte Möglichkeiten christlichen Wirkens könnten entbunden werden.»

### Laien und Bischöfe

Und so ging auch der erste Laienkongreß in der DDR im vergangenen Jahr in Erfurt von einer nüchternen Bestandesaufnahme aus, die über den Kreis der Akademiker hinaus immer mehr zum Maßstab für alle Katholiken wird: sie anerkennen den Sozialismus als feste Größenordnung; sie suchen den Dialog mit der sozialistischen Umwelt; sie sehen die Distanz zur Kirche in Westdeutschland wachsen; sie fordern eine innerkirchliche Pluralität und beginnen die kirchliche Autorität in Frage zu stellen; sie erwarten, daß die Konzilsergebnisse auf die reale Situation in der DDR angewendet werden.

Demgegenüber verweisen die Bischöfe darauf, daß die Kirche lediglich über eine Art Narrenfreiheit verfüge im Gegensatz zum Protestantismus, weil die Zahl ihrer Anhänger dem Staat ungefährlich erscheine und das Regime über ein politisches Wohlverhalten Rom gegenüber eine internationale Aufwertung anstrebe. Tatsächlich hat die letzte Volkszählung 1964 ergeben, daß nur noch 8,1 % der Bevölkerung sich der katholischen Kirche zugehörig fühlt. Die Zahl der Gläubigen ist damit innerhalb von zwölf Jahren um eine dreiviertel Million zurückgegangen, vermutlich überwiegend durch Flucht in den Westen. Auch sind die Grenzen der Freiheit enger, als manche Intellektuelle wahrhaben wollen.

## Die Grenzen der Religionsfreiheit

Wird der Begriff der garantierten Religionsfreiheit – durch die zwei Jahre alte sozialistische Verfassung gegenüber früher erheblich eingeschränkt – nach dem Sprachgebrauch des SED-Kirchenstaatssekretariates im engeren Sinne der Kultfreiheit verstanden, so sind Übergriffe kaum zu verzeichnen. Liturgie, Wallfahrten, Prozessionen, Religionsunterricht – allerdings nur in kircheneigenen Gebäuden –, Seelsorgsarbeit, Ausbildung von Priestern, Seelsorgehelferinnen, Kindergärtnerinnen, Katecheten und Kirchenmusikern sind in einem Maß gewährleistet, das nach westlichen Vorstellungen gering sein mag, die Kultfreiheit aber voll respektiert. Dabei sind die meisten dieser Ausbildungsstätten, insbesondere die beiden Priesterseminare und das Philosophisch-Theologische Studium in Erfurt, im ersten Dezennium nach dem Krieg entstanden.

Jede Wirkung der Kirche über diesen Bereich hinaus, jede kritische Stellungnahme zu den gesellschaftlichen Verhältnissen wird, wenn nicht ganz und gar behindert, so doch argwöhnisch betrachtet. Im innerkirchlichen Raum ist die Möglichkeit, durch Hirtenbriefe und Predigten meinungsbildend auch gegenüber gesellschaftspolitischen Maßnahmen zu wirken, relativ groß. Doch schon die Kirchenzeitungen ‹Hedwigsblatt› (für den Berliner Raum) und ‹Tag des Herrn› (übrige DDR) gelten nicht mehr als diesem Bereich zugehörig und müssen sich auf innerkirchliche Fragen beschränken. Das trifft verstärkt auf die vierzehntägliche Radiopredigt zu, die einer strengen Zensur unterliegt; ebenfalls auf den St. Benno-Verlag in Leipzig, der dennoch in den letzten acht Jahren etwa 1000 Titel produzieren konnte, deren Auflagenhöhe der Nachfrage aber in keiner Weise gerecht werden kann.

Nach Ansicht von vielen Gläubigen werden auch hier die gebotenen Möglichkeiten zu wenig genutzt. Sie verlangen statt schaler Belletristik neuere theologische Überlegungen zu lesen. Daran sind wiederum weder die Hierarchie noch der Staat bislang sonderlich interessiert. Jede innerkirchliche Pluralisierung bringt nur Probleme: Für die Kirche eine geringere einheitliche Haltung gegenüber dem Regime; für die Staatsführung aber bedeutet jede Pluralisierung oder gar Demokratisierung in irgendeinem Bereich der Gesellschaft ein gefährliches Beispiel möglicher Veränderungen im totalitären System selbst.

## Unberührt von der Kirchenkrise?

Bislang gab es kaum eine Krise innerhalb der Kirche der DDR. Der Druck seitens der atheistischen Umwelt hat alle Meinungsverschiedenheiten immer wieder zugedeckt. In der Weltkirche noch so umstrittene Äußerungen der römischen Kurie konnten anstandslos passieren. Der Papst galt und gilt weithin noch als Symbol der Bindung nach draußen. Hinzu kommt, daß der Priester- und Ordensnachwuchs in einem Umfang gewährleistet ist, wie man ihn sich im Westen kaum noch vorstellen kann. Die geringen Kommunikationsmöglichkeiten und fehlende theologische Literatur trugen dazu bei, daß erst in jüngster Zeit der weltweite Gärungsprozeß auch die Katholiken in der DDR erreicht. Besonders der Berliner Kardinal hat sich immer wieder bemüht, die monolithische Einheit der Kirche zu erhalten. Doch stößt die damit verbundene Politik gegenüber Staat wie Gläubigen zunehmend auf den Widerstand nicht nur der Akademiker und eines Teils des Klerus, sondern selbst auf Widerspruch bei andern Bischöfen. Es wird vornehmlich kritisiert, daß der Kardinal nur einen Berater für kirchenpolitische Fragen hat, dem die Pflege der Beziehungen zur Staatsführung wie großenteils zur bundesdeutschen Kirche obliegt. Die Gläubigen begrüßen zwar die sich seit einem Jahr abzeichnende flexiblere Haltung der Hierarchie gegenüber dem Staat, doch sind viele erbost, daß entsprechende Äußerungen unvorbereitet und undiskutiert erfolgen.

Als ein Beispiel dafür ist die neue Einstellung zur kommunistischen Jugendweihe zu werten. Daß diese nicht mehr als ein der Exkommunikation unterliegender Verstoß gegen das Glaubensleben betrachtet wird, wurde erst 1969 publik, als die Jugendweihe mit tragischen Konsequenzen für diejenigen, die aus Glaubenstreue darauf verzichtet hatten, vorüber war. Die Kirche hatte bis dahin die Unmöglichkeit einer Teilnahme an diesem für Schulabgänger obligatorischen Akt damit begründet, daß offizielle Regierungsstellen auf Befragen nicht ausdrücklich erklärt hätten, es handle sich um keine atheistische Weihe. In dem Gelöbnis selbst war davon nie die Rede gewesen.

### Unabhängigkeit von den westdeutschen Bistümern

Beunruhigung zeigt sich auch angesichts einer angeblich stattgefundenen, aber nie bestätigten Geheimkonferenz zwischen DDR-Ordinarien und westdeutschen Bischöfen, die Gebietsanteile auf DDR-Boden besitzen. Danach soll vereinbart worden sein, daß die Weihbischöfe der zu den Diözesen Osnabrück, Paderborn, Fulda und Würzburg gehörenden Generalvikariate und Kommissariate Schwerin, Magdeburg, Erfurt und Meiningen zu Apostolischen Administratoren ernannt werden sollen. Eine entsprechende Forderung der von der SED vorgeschobenen Ost-CDU entspricht der schon vollzogenen Spaltung der Evangelischen Kirchen Deutschlands, die sich in der DDR vor kurzem zum Kirchenbund zusammengeschlossen haben, aber auch der Einsicht von manchen Gläubigen. Die ‹Begegnung› – die Zeitschrift einer kleinen Gruppe von Katholiken, die in der Ost-CDU die Vorstellungen kommunistischer Kirchenpolitik verwirklichen helfen – bemerkt dazu in ihrer Januarnummer:

«Die demnächst zu erwartende Ernennung von Administratoren in der DDR bedeutet einen ersten markanten Schritt auf dem Weg zur Aner-

kennung des Grundsatzes, daß die Staatsgrenzen unserer Republik zugleich die Grenzen kirchlicher Organisationsmöglichkeit darstellen.»

Tatsächlich dürfte es angesichts der Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung in Bonn und vor allem dem Treffen zwischen Stoph und Brandt in Erfurt und ihrer bevorstehenden Begegnung in Kassel schwierig werden, die juristische Abhängigkeit der DDR-Kirche von bundesdeutschen Bistümern weiter zu verteidigen. Die so ganz andersartigen Verhältnisse in der DDR lassen keine Verwaltung vom Westen aus mehr zu, ganz abgesehen davon, daß die DDR-Bischöfe schon seit einem Jahrzehnt nicht mehr in die Bundesrepublik reisen, die entsprechenden westdeutschen Ordinarien ihre Sprengel in der DDR nicht mehr besuchen können. Der Druck durch die Parteiführung nimmt in dieser Frage erkennbar zu, wie die Äußerung des Kirchenstaatssekretärs *Seigewasser* im vergangenen Monat März zeigt, die eine realistischere Haltung der katholischen Kirche verlangt. Es würde damit juristisch ohnedies nur vollzogen, was faktisch längst schon Wirklichkeit ist; denn die DDR-Kirche wird nicht durch die Fuldaer Bischofskonferenz, sondern durch die Berliner Ordinarienkonferenz geleitet.

### Mitarbeit im öffentlichen Leben

Eine größere Differenzierung der Meinungen in der Kirche scheint unaufhaltbar. Erstmals haben sich vor einigen Monaten die Magdeburger Priester gegen eine – wie gerüchteweise verlautet auf den Kardinal zurückgehende – Entscheidung gewandt und sich in einer Solidaritätsaktion hinter ihren Weihbischof *Rintelen* gestellt. In der Diözese Meißen, des einzigen ganz auf DDR-Territorium gelegenen Bistums, werden von Priestern Überlegungen zum Zölibat angestellt, die nicht mehr der römischen Intention folgen.

Es zeichnet sich aber nicht nur eine Solidarisierung der Priester ab, sondern auch eine stärker werdende Zustimmung zu Laienüberlegungen wie dieser:

«Nur durch tätiges Engagement schaffen wir Räume, in denen der totalitäre Zugriff des Staates eingeschränkt wird. Immer dann wird auch der Vorwurf zu Unrecht bestehen, der oft gegen jede Form des Engagements erhoben wird, daß nämlich jede Mitarbeit indirekt alle ungerechten Handlungen des Staates unterstütze. Denn gerade durch die Vergrößerung des Raumes einer freien Entscheidung beschneiden wir die Totalität des Staates, in der letztlich alle Verletzung der sittlichen Normen begründet ist.»

Die Meißener Diözesansynode, die, als erste deutsche überhaupt, Vorbild der von konservativen Kirchenkreisen mit Unbehagen erwarteten DDR-Synode von 1972 ist, hat schon bestätigt, daß dieser Weg beschritten werden wird. Doch stimmen noch keineswegs alle Katholiken mit der Formulierung eines in Kirche und Welt engagierten Laien überein:

«Wir wissen, daß wir als Christen unsere Mitarbeit im öffentlichen Leben nicht vom Erfolg her begründen können. Dieses Wirken steht unter dem Zeichen des Kreuzes, das uns ermutigt, den Weg zu gehen im Engagement als Christen in der DDR.»

*Klemens Richter, Münster/Westf.*

## Buchbesprechungen

### Zum holländischen Pastoralkonzil

Vom 5.–8. April 1970 ging die sechste und letzte Session des holländischen Pastoralkonzils über die Bühne. Dieses Unternehmen, für das nun eine neue Dauerform gesucht wird, dürfte bestimmt in die Kirchengeschichte eingehen. Man muß daher dankbar sein, daß der neuerdings so rührig auf ‹Experiment› im Christlichen umgestellte Pfeiffer-Verlag (München) sich die Herausgabe einer fortlaufenden ausführlichen Berichterstattung zur Aufgabe gemacht hat. Der Verfasser, *Erwin Kleine* (von der action 365 bekannt, für die er halbamtlich in Frankfurt arbeitet), sieht sich so sehr dem holländischen Aufbruch verpflichtet, daß er eigens sein Domizil in den Niederlanden aufgeschlagen hat.

Sein Bändchen über die erste Session AUTORITÄT IM KREUZFEUER erschien noch im Verlag Driewer, Essen (1968).

Faszinierender hinsichtlich des Engagements der holländischen Katholiken als «Kirche in der Welt und für die Welt» ist der Bericht über die zweite Plenarsitzung: WELT ZWISCHEN HUNGER UND HEIL (1968). Ausführlich werden die beiden Rapporte über Entwicklungsarbeit und Missionsauftrag dargelegt. Am Rand taucht die «Blockade» auf, unter der die «Botschaft» steht, wie sie der Holländische Katechismus als Glaubensverkündigung für Erwachsene zu vermitteln suchte. Kleine zieht das Fazit aus einer Ansprache Kardinal Alfrinks: «Der Heilshunger der Welt verlangt nach humanitären Taten, aber nicht minder nach der Botschaft des Heils. Wie aber soll man den Hunger nach der Botschaft stillen, wenn man das Angebot Gottes nicht in Worten und Gedanken vermitteln kann, die die Denk- und Sprechweise unserer Zeit berühren? ... Die Glaubensformulierungen von gestern sind zu Steinen geworden. Unser Jahrhundert aber schreit nach Brot.»

Die bisher eingehendste Darstellung hat die dritte Plenarsitzung gefunden. Der aktuelle Background – ein «wolkendunkler Himmel» – ist die Situation nach der Enzyklika ‹Humanae vitae›. Das Pastoralkonzil hat dazu in einer Abstimmung Stellung genommen, bei der auch die Bischöfe nicht abseits standen. Aber die Thematik war viel umfassender. Drei Fachgutachten über die Themen ‹Sittliche Lebenshaltung des Christen in der Welt›, ‹Ehe und Familie› und ‹Raum für die Menschwerdung der Jugend› wurden erstellt, die Kleine eingehend würdigt, bevor er sehr anschaulich über die Diskussion im Plenum berichtet. Man wird ihm zustimmen, wenn er vor allem die Offenheit in der Darlegung der Probleme herausstellt und den Mut, «mit dem Juridismus zu brechen und sehr pragmatisch und situationsbedingt zu entscheiden». Der Band von 219 Seiten trägt den treffenden Titel: PRIMAT DES GEWISSENS (München 1969).

Soeben ist nun auch der Bericht über die vierte Plenarsitzung GLAUBE IM UMBRUCH (München 1970) erschienen, wo es wiederum um die wesentlichen Haltungen geht.

Über «Gründe und Hintergründe des Aufbruchs in Holland» informiert auch der aus dem Französischen übersetzte Band KIRCHE IN FREIHEIT (Herder, Freiburg i. Br. 1970). Er bietet eine Reihe von Interviews, in denen führende Gestalten wie Schillebeeckx, Renckens, Oosterhuis, Schoonenberg und Bischof Ernst einerseits ein persönliches Zeugnis abgeben, wie sie (zum Beispiel nach Kontakt mit der französischen Theologie, mit den Arbeiterpriestern usw.) den Aufbruch miterlebt haben, anderseits wie sie die auf dem Pastoralkonzil behandelten Themen sehen, zum Beispiel das Ordensleben, den Zölibat und das Amt der Frau (fünfte Vollversammlung) oder Liturgie, Ökumene, Beziehung zu den Juden und zum Alten Testament (sechste Vollversammlung). Direkt auf das Pastoralkonzil bezogen ist freilich nur der Beitrag von *J. A. G. Tans*. Seine Bemerkungen zum Thema ‹Autorität› werden durch den Beitrag des Bischofs von Breda ergänzt. Was er aber über das ‹Funktionieren› sagt, ist ziemlich fragmentarisch und profitiert noch nicht von den Erfahrungen der letzten Versammlungen. Mehr darüber erfährt man im Herder-Taschenbuch HOLLAND – DIE RISKANTE KIRCHE (Freiburg 1969). Es ist in erster Linie der Arbeit des Pastoralinstituts der Niederländischen Kirchenprovinz gewidmet und zeigt gerade damit die methodischen Konzeptionen, die für das Pastoralkonzil, dessen Generalsekretär *Godijn* mit dem Leiter des Instituts identisch ist, wirksam wurden. *L.K.*

## Eingesandte Bücher

*Riklin Alois:* Weltrevolution oder Koexistenz? Reihe: SAD (Schweiz. Aufklärungs-Dienst) Nr. 10. Verlag Th. Gut, Stäfa ZH 1969. 123 S.

*Rombold Günter:* Kirchen für die Zukunft bauen. Reihe: Theologie konkret. Verlag Herder, Wien 1969. 223 S., Paperback.

*Rubbach G./Schröer H./Wichelhaus M.* (Hrsg.): Bekenntnis in Bewegung. Ein Informations- und Diskussionsbuch. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1969. 232 S., Paperback.

*Sartory Thomas und Gertrude:* Strukturkrise einer Kirche. Vor und nach der Enzyklika «Humanae vitae». Reihe: dtv report. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1969. 171 S., Paperback.

*Scherer Alice:* Biblische Frauen – Zweite Folge. Verlag Josef Knecht, Frankfurt a. M. 1969. 143 S., Leinen geb.

*Schiwy Günther:* Strukturalismus und Christentum. Eine Herausforderung. Herder Verlag, Freiburg i. B. 1969. 104 S., kart., laminiert.

*Schöpfer Hans:* Laienfrömmigkeit im Licht des Zweiten Vatikanums. Reihe: Kreuzring-Bücherei Bd. G 53. Verlag J. J. Zimmer, Trier 1969. 218 S., Paperback.

*Steffen Uwe:* Feuerprobe des Glaubens – Die drei Männer im Feuerofen. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1969. 97 S., brosch.

*Steinmann Jean:* Christentum geht ins Mark. Zwölf Kapitel über den Glauben. Verlag Josef Knecht, Frankfurt a. M. 1969. 231 S., Linson geb.

*Trillhaas Wolfgang* (Hrsg.): Verständigung. – Festschrift zum 70. Geburtstag von Landesbischof DDr. Hanns Lilje. Furche-Verlag, Hamburg 1969. 196 S., Leinen.

*Vatican II.* La charge pastorale des évêques. Décret «Christus Dominus» (lat. und franz. Übers.). Reihe: Unam Sanctam Bd. 74. Editions du Cerf, Paris 1969. 466 S., geheftet.

*Verhoeven Corn.:* Wohin ist Gott? Verlag Herder, Freiburg i. B. 1969. 165 S., Paperback.

*Verweyen Hansjürgen:* Ontologische Voraussetzungen des Glaubensaktes. Zum Problem einer transzendentalphilosoph. Begründung der Fundamentaltheologie. Reihe: Themen und Thesen der Theologie. Patmos-Verlag, Düsseldorf 1969. 236 S., Leinenband.

*Waldenfels Hans:* Offenbarung. – Das Zweite Vatikanische Konzil auf dem Hintergrund der neueren Theologie. Reihe: Beiträge zur ökumenischen Theologie. Hrsg. H. Fries Bd. 3. Max Hueber Verlag, München 1969. 367 S., kart.

*Walters Hellmut:* Der Mann ohne Ausweis. – Aufzeichnungen des Staatsanwalts Pitroff in Sachen eines angeblichen Jesus. Verlag Josef Knecht, Frankfurt a. M. 1969. 181 S., Leinen geb.

*Weinreb Friedr.:* Die Symbolik der Bibelsprache. Einführung in die Struktur des Hebräischen. Origo-Verlag, Zürich 1969. 93 S., Leinen geb.


**PHILOSOPHISCHES SYMPOSIUM**
**Prof. Dr. Max Müller**

Ordinarius für Philosophie an der Universität München

‹*Die Wahrheit der Metaphysik und die Geschichte*›

2 Vorträge mit Aussprache:
‹Metaphysik und Geschichte›
‹Herbert Marcuse zwischen Hegel und Heidegger›

*Zeit:* Samstag/Sonntag, 23./24. Mai 1970
Beginn: Samstag, 16.00, Schluß: Sonntag mittag

*Ort:* Paulus-Akademie, Zürich-Witikon
Hauptbahnhof Tram 3 bis Klusplatz, dann Bus 34 bis Carl-Spitteler-Straße

*Anmeldung* bis spätestens 9. Mai an:
K. Hürlimann, Gymnasium, 6405 Immensee

Schweizerische Philosophische Gesellschaft Sektion Innerschweiz
Dr. K. Hürlimann, Präsident



**Seiler-Hotels Zermatt**
1620 m ü. M.

**Mont Cervin**
**Mont Rose**
**Schwarzsee**

Mahlzeitenaustausch
Vorteilhafte Pauschalpreise

Auskünfte und Prospekte
durch die Generaldirektion
der Seiler-Hotels
Telefon 028 7 71 04



Aktuelle Bücher für Sie

**Ingo Hermann, Die Christen und ihre Konflikte.** 128 Seiten. Kartoniert DM 9,80 Fr. 11.50. (theologia publica Band 13.) Ingo Hermann schildert Konfliktsituationen in Theologie, Kirche und Gesellschaft: u. a. Papst und Theologie, Römische Schwierigkeiten mit dem Zölibat, Freiheit der Information, moralischer Appell zur wissenschaftlichen Friedensforschung.

**Siegfried Müller-Markus, Wo die Welt nochmal beginnt.** Moderne Physik und die Möglichkeit des Glaubens. 337 Seiten. Leinen DM 22.– Fr. 24.–. Die unheilvolle Spaltung von Glaube und Naturwissenschaft hat die Menschen in zwei Lager getrennt. Der bekannte Autor gibt eine klärende Schau in die Einheit der Welt, die wir neu erfahren müssen.

In allen Buchhandlungen

Walter-Verlag



**Herausgeber:** Institut für weltanschauliche Fragen
**Redaktion:** Mario von Galli, Ladislaus Boros, Max Brändle, Albert Ebneter, Ludwig Kaufmann, Joseph Renggli

**Anschriften** von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ✆ (051) 36 07 60

**Bestellungen,** Abonnemente: Administration

**Einzahlungen:** Schweiz: Postcheck 80-27842 Deutschland: Postscheckkonto: Stuttgart 6290 ‹Orientierung›, Zürich – Österreich: Sparkasse dre Stadt Innsbruck, Postscheck 60.675 (Vermerk ‹Orientierung› 26849) – Frankreich: Crédit Commercial de France, CCP 1065 ‹Orientierung› C.E. Suisse No 020/081.736 – Italien: c/c N. 1/18690 Pontificia Università Gregoriana, Deposito Libri, Piazza della Pilotta, Roma, ‹Orieneruting›.

**Abonnementspreise:** *Ganzes Jahr:* sFr. 19.— / DM 19.— / öS 125.— / FF 28.— / bFr. 250.— / Lire 3000.— / dän. Kr. 35.— / US $ 5.—
*Halbjahr- und Studentenabonnement:* sFr. 11.— / DM 11.— / öS 70.—
*Gönnerabonnement:* sFr. 25.—
*Einzelnummer:* sFr./DM 1.50 / öS 10.—

Ein ökumenisches Liederbuch für das gemeinsame Gotteslob, herausgegeben von Samuel Rothenberg und Georg Thurmair.

126 Lieder, 5.80 DM
Best.-Nr. 50579.

Das Buch erscheint gemeinschaftlich im Christophorus-Verlag und im Verlag E. Kaufmann, Lahr

CHRISTOPHORUS-VERLAG FREIBURG





Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion